

Ohne Teilhabe keine Zukunft für die Demokratie



VON KONRAD HUMMEL

Dr. Konrad Hummel soll als Beauftragter des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim für die städtebauliche Konversion der ehemals von den amerikanischen Streitkräften genutzten großen Flächen innerhalb des Stadtgebietes sorgen. Dabei stellt sich die Frage, wie die Bürgerschaft umfassend beteiligt werden kann. In einem neuen Buch, das er hier vorstellt, zieht er ein Resümee seiner langjährigen Erfahrungen mit sozialen Teilhabeprojekten. www.konversion-mannheim.de

Die gegenwärtigen Formen von Bürgerbeteiligung in den Kommunen zeichnen sich oft dadurch aus, dass längst nicht alle Menschen unserer bunt und heterogen gewordenen Städten mitgenommen und aktiviert werden. Doch dies ist einer der Kernfragen, wenn wir Demokratie auf Dauern sichern wollen.

In einer krisengeschüttelten Demokratie ist das »Wohlergehen«, die »Wohlfahrt« im englischen Sinne von »welfare« von wichtiger Bedeutung für den Zusammenhang der Gesellschaft. Die deutsche Übersetzung Sozialstaat wird dieser zivilgesellschaftlichen Dimension kaum gerecht. Die Europäische quält sich mit »Kohäsion« und wir spüren mehr als dass wir es empirisch immer genau ausdrücken können, wie wichtig diese Dimension neben der Rechtsstaats- und Menschenrechtsfrage sowie der formalen Beteiligung ist.

Genau auf diesem Erbe sitzen die Wohlfahrtsverbände in Deutschland, geschüttelt zwischen Marktdienstleister, Mitgliedsverband und Staatsersatz, selbsternannte Minderheitsvertreter und im Korsett, »political correct« zu sein – auch zu den eigenen Mitarbeitern. Da reicht es kaum noch zu dieser großen Perspektive: Beizutragen zum Zusammenhalt einer Demokratie in heterogenen Zeiten der Globalisierung und Armutsvölkerwanderung. Vielleicht aber ist diese schleichende Demokratiekrise ein gewichtiger Grund für die Wohlfahrtsverbände, zu diesem Kerngeschäft des Zusammenhaltes beizutragen und aktiv einen Platz dafür zu beanspruchen.

Barack Obama appelliert an Afrika, die Ressourcen seiner Zukunft vor allem durch konsequente Demokratisierung zu schöpfen. Russland, China, arabische Despoten fürchten die Demokratisie-

rungsbewegungen, während auf dem Kontinent ihrer Entstehung, Menschen die »Arbeit« der Demokratie scheuen, ihrer müde werden und ihre Instrumente gegen die eigene Gesellschaft richten und Parolen wie »Wir sind das Volk« pervertieren.

Während im aufklärerischen Impuls damit klar war, dass alle Gruppen der Gesellschaft vom Fortschritt profitieren sollen, wendet sich nun die Parole als Abgrenzung zwischen denen, die »draußen« sind und uns, die »drinnen« sind. Die da draußen, die »Anderen« werden bekämpft, ihre Lebensweise nicht verstanden, ihr Humor als Angriff wahrgenommen, Neid und Hass vermischen sich.

Während einige Autoren der klassischen Herrschaftskritik diesen »Bürgerbegehren« und Wutbürgern noch etwas abgewinnen wollen als notwendige Kritik an bürokratischen, neoliberalen Eliten, sehen andere Autoren besorgniserregende Zusammenhänge von den Terroranschlägen und neuen nichtstaatlichen Kriegsführungen bis zur Wahlbeteiligung bei Bürgermeisterwahlen und den wütenden Internetbloggern gegen alle Großprojekte.

Das, was Demokratie stark gemacht hat, die Verbindung aus Rechtsstaat, Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit, öffentlicher Meinungsbildung, Kompromiss und Mehrheitsfindung in zivilisierten Prozessen löst sich in Nützlichkeitszusammenhänge auf, sogar Zivilität bleibt auf der Strecke.

Die Kommune als Ort der Demokratie

Die kommunale Ebene wird hochgepriesen als Ort der lokalen Demokratie und ein wenig ironisch beäugt als »Kanaldeckel-Demokratie«, bei der es eben »nur« um Konkretes geht. Aber gerade dort ist die demokratische Erosion spürbar!

Die Wahlbeteiligung ist bei Bürgermeister-Direktwahlen vielerorts unter 30 Prozent gerutscht. Bürgerbegehren sind fast Lotteriespiele für Großprojekte geworden und die öffentliche Meinungsbildung hat nur noch auf nationaler Ebene den Anschein großer Transparenz, weil die elektronischen Mehrheitsmedien noch am ehesten alle erreichen und

»Freie Wohlfahrtspflege muss wieder mehr zum Kerngeschäft des sozialen Zusammenhalts beitragen«

darüber berichten. Die Lokalpresse erreicht Menschen unter 50 Jahren und Migranten meist nicht mehr und verstärkt die »Aufregerberichterstattung«.

Die hohen Zahlen der Engagementprojekte und die formalen Zufriedenheitswerte für die Demokratie laufen völlig konträr und parallel zur Auszehrung lokaler Eliten-Demokratien. Die geschrumpften Eliten von Parteien, Vereinen, Verbänden, Kirchen, Kommunalverwaltung und örtlicher Wirtschaft werden heute ergänzt durch die allseits bekannten Leserbriefschreiber und Unzufriedene, vorrangig aus einer älteren Generation. Die Analysen des Parteienforschers Franz Walter vom Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen belegen das Unbehagen und bekannte Soziologen wie Zygmunt Baumann, Richard Senett und Michael Walzer deuten ähnliche Ergebnisse an.

Ironischerweise scheint gerade die Dienstleistungsorientierung den Kommunen am meisten geschadet zu haben. Sie werden als austauschbare Unternehmen der Daseinsvorsorge wahrgenommen und auf ihren Nützlichkeits-effekt getestet. Schon der Wiener Schriftsteller Karl Kraus spottete: »Ich verlange von einer Stadt, in der ich leben soll: Asphalt, Straßenspülung, Haustor-

schlüssel, Luftheizung, Warmwasserleitung. Gemütlich bin ich selbst.«

Das Buch »Demokratie in den Städten« soll ebenso wie der Schweizer Philosoph Carlo Strenger (Zivilisierte Verachtung, Suhrkamp Verlag 2015) die Beweggründe untersuchen, die für die Terroranschläge gegen »Charlie Hebdo« ebenso verantwortlich sind wie für die Angriffe auf die demokratische Werte, die in so vielen Bürgeraktionen stecken, von Pegida über die Schweizer Minarett-Abstimmung bis zu den Rechtspopulisten fast überall in Europa.

Diese Phänomene sind keine getrennten Welten, sondern gleiche Frontverläufe einer sozialen Demokratie, die hierzulande immer legalis-

tischer, vorsichtiger, defensiver wird und damit schwerlich wirkliche Großprojekte (nämlich Flüchtlinge statt Elbphilharmonien) lösen kann. Ohnmächtig sprechen die Politik-Eliten von »besserer Kommunikation« statt von konkreter Teilhabe und Führung. Mit Beteiligungsbeispielen muss dagegen mehr praktische Teilhabe eingefordert werden; es braucht konfliktfreudigere Ansagen und Souveränität. Strengers zivilisierter Verachtung gegenüber Zynikern und Fundamentalisten ist eine Haltung, die gewählte Politiker auf jeder Ebene durchhalten müssen.

Das Gemurmel der Betroffenen ist lautstark: Wer auch nur Sorgen äußert um die jetzige Exklusivität der praktizierten Demokratie gilt als »Fürst«, »Antidemokrat« oder »Lügner«. Was vor hundert Jahren die Klassen-Geschlechter-Unterschiede und Rassenspaltung der Demokratie war, ist heute die Bildungs-Identifikations- und Kompetenzspaltung der Demokratie.

Wachsende Teile der Gesellschaft sind dauerhaft trotz gelegentlicher Medienaktionen abgehängt; sinkende Wahlbeteiligungen konstatieren auch Studien der Bertelsmann-Stiftung als Dauerproblem.

Beklagt wird all dies seit Jahren. Entscheidend sind nicht Schlagworte wie

»beteiligende Demokratie« (von Verwaltungsgnaden), sondern – ähnlich wie es der Aachener Stadtplaner Klaus Selle kürzlich in einer umfassenden Kritik der Stadtentwicklung (»Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe?«) beschrieben hat – mehr reale Teilhabe.

Was zu tun ist

Die angesprochenen Entwicklungen sollten zum Handeln zwingen, vor allem: Die Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung ihrer Stadt »in die Pflicht nehmen«, mehr Eigenverantwortung verlangen und zulassen, die Verwaltungen als Garanten betrachten für eine soziale Stadtentwicklungsteilhabe aller. Vergleichbar dem Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft wird es einen Ordnungsrahmen für die Zukunft der Demokratie für alle geben – »sonst findet sie statt und keiner geht hin«. Es geht nicht nur um reflektierte Praxiserfahrung allein, sondern um einen Aufruf, rechtzeitig gegenzusteuern, bevor uns andere die Demokratie zynisch, neidisch und in kleinen Zirkeln als Lebensform wegpusten. ■



Konrad Hummel: Demokratie in den Städten. Neuvermessung der Bürgerbeteiligung. Stadtentwicklung und Konversion. Nomos Verlag, Baden-Baden 2015. 192 Seiten. 24,- Euro. ISBN 978-3-8487-1785-9.